

Sprache darf keine Nebensache werden

Gerhard Pfister

Pfister

Im Bundeshaus wird die Mehrsprachigkeit gefeiert, aber kaum noch gelebt. Bequemlichkeit droht das Fundament der Schweiz zu untergraben – und die FDP schaufelt mit.

Von Gerhard Pfister, 15.07.2025

Diesen Beitrag anhören

0:00 / 6:01

Vier Landsknechte in verschiedenen Rüstungen aus dem 16. Jahrhundert: Sie stehen im Bundeshaus vor den monumentalen drei Eidgenossen und symbolisieren die vier offiziell anerkannten Landessprachen der Schweiz. Bei Führungen wird immer wieder stolz darauf verwiesen, und wenn die nationale Kohäsion beschworen wird, spielt der Sprachfrieden eine wesentliche Rolle.

Durchaus zu Recht, theoretisch. Aber immer weniger faktisch wirklich zutreffend.

Vor einem Jahr machte die FDP mit alarmistischen Thesen zum Zustand der Schweizer Schulen im Allgemeinen und dem angeblichen Scheitern des integrativen Unterrichts im Speziellen auf sich aufmerksam – einigermaßen erfolgreich, zumindest, was die Medienpräsenz angeht. Seither scheint es gerade wieder in Mode gekommen zu sein, die Leistungsfähigkeit der Schule und den Wert der Vielsprachigkeit anzuzweifeln.

Pfister

Gerhard Pfister ist Zuger Nationalrat und früherer Mitte-Partei-präsident. In seiner Kolumne wirft er politphilosophische Blicke auf die Schweiz. Er legt Wert auf die Feststellung, dass alles, was er schreibt, bestreitbar sein muss. Seine Kolumne erscheint alle vier Wochen, jeweils an einem Dienstag.

Beginnen wir bei den Politikern, die während der Sessionen täglich an den vier Landsknechten vorbeischieben. Welchen Wert hat die Vielsprachigkeit für sie? Ich würde behaupten, einen immer kleineren. Der Nationalrat nahm im September 2024 ein Postulat der staatspolitischen Kommission an, das verlangt, das Büro des Nationalrats solle prüfen, ob es technisch und rechtlich möglich sei, ein Pilotprojekt durchzuführen, in dessen Rahmen die Kommissionssitzungen mithilfe von künstlicher Intelligenz simultan in die Amtssprachen übersetzt werden.

Begründet wurde dieses Anliegen paradoxerweise mit der bedeutenden Rolle der Mehrsprachigkeit in der Bundespolitik und der Berücksichtigung von sprachlichen Minderheiten. Die in den Kommissionssitzungen behandelten Themen seien oft komplex und erforderten einen spezialisierten Wortschatz. Damit die Qualität der Arbeit der Kommissionsmitglieder verbessert werden könne, müssten alle gleichgestellt an den Debatten teilnehmen können und diese für alle klar verständlich sein. Es sei daher sinnvoll, den Nutzen der neuen Möglichkeiten in den Bereichen Übersetzung und Verdolmetschung zu prüfen. Auffällig an dieser Argumentation ist, dass sie zwar die Wichtigkeit der Vielsprachigkeit betont, gleichzeitig aber den Vorschlag enthält, die Anforderungen dafür bei den Mitgliedern des Parlaments abzubauen.

Ich konnte diesem Ansinnen deshalb wenig abgewinnen. Gerade wenn die Mehrsprachigkeit der Schweiz erhalten werden soll, muss von einem Mitglied des Parlaments erwartet werden

können, dass es mindestens über passive Kenntnisse einer zweiten Landessprache verfügt. Tessiner Parlamentsmitglieder sind geradezu gezwungen, entweder Deutsch oder Französisch zu sprechen, um Gehör und Wirksamkeit zu finden. Das gilt weniger für Parlamentarierinnen aus der Romandie und gar nicht für solche aus der Deutschschweiz.

Meine Befürchtung: Wenn sich Politikerinnen nicht nur die Voten im Nationalrat simultan übersetzen lassen (was allerdings kaum genutzt wird), sondern auch noch in der Kommissionssitzung darauf verzichten können, Argumenten in Französisch zuzuhören, wird eine weitere Chance zur Verbesserung der passiven Sprachkenntnisse verpasst. Damit schwindet mittelfristig halt auch das Verständnis der anderen Sprache und Kultur.

Man geht selbst den Weg des geringeren Aufwands, während man bildungspolitisch laut beklagt, dass die Jugendlichen in der Deutschschweiz kein Französisch mehr könnten, wenn sie die obligatorische Schulzeit absolviert haben.

Ich verkenne nicht, dass die Zuwanderung, gesellschaftliche Erwartungshaltungen und pädagogische Herausforderungen es erschweren, alle Schüler dorthin zu bringen, wo es die Leistungsziele vorgeben – das gilt für das Französisch wie auch für den integrativen Ansatz. Aber ist es tatsächlich richtig, aus den festgestellten Schwierigkeiten zu folgern, das ganze System habe versagt, weshalb man nun einfach die Hürden umgehen will, statt zu versuchen, sie zu überspringen?

Merkt man, dass etwas nicht richtig funktioniert, könnte man ja stattdessen auch prüfen, ob man die Herangehensweise ändern kann. Stichworte dazu sind: bessere Individualisierung, kleinere Klassen (und die dafür nötigen zusätzlichen Finanzen), Stärkung der Freiheit und Verantwortung der Lehrpersonen, allenfalls auch neue und adäquatere pädagogische Methoden.

Wenn die FDP feststellt, die Schule sei gescheitert, übertreibt sie – was ein legitimes Mittel der Aufmerksamkeitserzeugung in der Politik ist. Wenn sie aber folgert, man solle den mühsamen Weg der Integration und des Frühsprachenunterrichts verlassen und auf vermeintlich einfachere Pfade einschwenken, dann verrät sie ihre eigenen liberalen Ideale, die Freiheit und Selbstverantwortung immer auch an die eigene Leistungsfähigkeit binden. Schliesslich stellte sich die FDP stets auf den Standpunkt, es gelte die Leistungsfähigkeit aller zu stärken, statt weniger zu leisten. Doch davon wendet sie sich nun ab, wenn sie behauptet, die Schülerinnen seien überfordert, weshalb man die Ansprüche senken müsse – um das dann wiederum zu einem Vorwurf an die Schule machen zu können.

Die FDP wirft der Schule vor, sie erfülle die Bildungsziele und insbesondere die Anforderungen im Französisch nicht und habe sich deshalb davon abgewendet. Dabei tut die FDP selber das, was sie ändern vorwirft: Sie gibt einfach auf. Glaubwürdige Bildungspolitik geht anders.

Illustration: Alex Solman